

Pressedienst -

IG Metall Pforzheim 14.02.2008



| Pforzheim

Hohe Unsicherheit

Zeitarbeit in der Region auf dem Vormarsch

Wer einen festen Arbeitsplatz hat, kann sich freuen

Pforzheim - Bundesweit ist die Zeitarbeitsbranche der Job-Motor des derzeitigen Aufschwungs. So sieht jedenfalls die Bundesregierung die Sache. Richtig ist, dass die Zeitarbeitsbranche auf die Grenze von einer Million Beschäftigte zusteuert. Dies geht allerdings zu Lasten von regulären Jobs - so jedenfalls die Einschätzung der IG Metall Pforzheim.

In der Region Mittlerer Oberrhein und Enzkreis haben die dort zuständigen IG Metall Verwaltungsstellen Bruchsal, Gaggenau, Karlsruhe und Pforzheim ein Projekt zur Zeitarbeit gestartet und das Institut für Medienforschung und Urbanistik (IMU) mit einer entsprechenden Untersuchung beauftragt. Die ersten Ergebnisse liegen jetzt vor und zeigen, dass der bundesweite Trend auch in der Region voll zutrifft. "Wir haben von 134 Betriebsratsgremien in der Region ihre Einschätzung zur Zeitarbeit erhalten. In drei Viertel der Betriebe wird Zeitarbeit genutzt und zwar mit steigender Tendenz", so der Pforzheimer IG Metall Bevollmächtigte Martin Kunzmann. Den Gewerkschaftern gehe es nicht darum, eine Branche zu verunglimpfen oder Zeitarbeit generell abzulehnen. Dennoch mache das Motto des Projektes deutlich, welche Prioritäten gesetzt werden: verhindern, begrenzen, gestalten.

Betriebsräte haben sich "ins Zeug gelegt"

"Beim Einsatz von Zeitarbeit wird von den Unternehmen als wichtigster Grund mehr Flexibilität angegeben. Unsere Umfrage zeigt, das ist nur ein sehr kleiner Teil der Wahrheit." Denn, so Kortus, der das Projekt bei der Pforzheimer IG Metall betreut, geben die Betriebsräte in der Umfrage an würde in über 60 Prozent der Betriebe Zeitarbeit dauerhaft genutzt. Mehr als die Hälfte der Zeitarbeiter sei länger als ein halbes Jahr im Einsatz, ein Drittel sogar länger als ein Jahr. Nach den Einschätzungen der befragten Betriebsräte wird Zeitarbeit in etlichen Betrieben zur Kostenreduzierung und zum Ersetzen von Stammbesoldungen genutzt. Dies ruft die Metallgewerkschafter auf den Plan, da in diesen Fällen die ausgehandelten Tarifverträge unterlaufen werden. Die unterschiedlichen Qualifikationsniveaus der eingesetzten Zeitarbeitskräfte würden dies auch erklären. Denn mehr als die Hälfte der Zeitarbeitskräfte sind Anlern- oder Hilfskräfte.

Mit einem weiteren Argument hat sich die Befragung auseinandergesetzt, nämlich dem so genannten Klebeffekt. Gemeint ist, ob denn der Einsatz als Leiharbeiter tatsächlich der Einstieg zu einem Dauerarbeitsverhältnis wird. Während im Jahr 2006 etwa 11 Prozent der Leiharbeiter in den Unternehmen übernommen wurden, so stieg dieser Anteil im darauf folgenden Jahr auf über 20 Prozent. "Dies ist natürlich eine positive Entwicklung", so Kortus. "Die ist aber nicht vom Himmel gefallen, sondern da haben die Betriebsräte sich ins Zeug gelegt." Jedoch räumt Kortus an diesem Punkt einen deutlichen Nachholbedarf gerade für Pforzheim und den Enzkreis ein. Wir liegen hier mit gerade mal 9% doch deutlich unterm Schnitt der regionalen Untersuchung.

Bei Spitzenreitern in Sachen Leiharbeitskräften vorstellig werden

Die Quote von über 20 Prozent ist den Gewerkschaftern noch immer deutlich zu gering. Bis in die 80er Jahre sei der Zugang in den Betrieb ein festes Arbeitsverhältnis mit Probezeit die Regel gewesen. In den 90er Jahren ging der Festeinstellung häufig ein befristetes Arbeitsverhältnis voraus und dem geht seit dem neuen Jahrtausend sehr häufig ein Leiharbeitsverhältnis voraus. "Bis die Menschen endlich in einem traditionell normalen Arbeitsverhältnis ankommen vergehen manchmal mehr als drei bis vier Jahre mit schlechterem Verdienst und hoher Unsicherheit", weiß der Gewerkschafter zu berichten. Viele Beschäftigte schaffen den Sprung aus der prekären Beschäftigung überhaupt nicht mehr.

Die Arbeitsbedingungen der Leiharbeiter sollen verbessert werden

Deshalb ist die Befragung der Betriebsräte ein erster wichtiger Teil des Projektes. Vieles habe man schon vorher gewusst, aber die konzentrierte Form zeigt die ganze Bandbreite des Themas. Dies soll jetzt die Grundlage für die nächsten Handlungsschritte sein. Darüber wollen die Gewerkschafter mit ihren Betriebsräten und den Unternehmen reden. Gerade bei den Spitzenreitern in Sachen Einsatz von Leiharbeitskräften will man vorstellig werden. Dazu zählen im Enzkreis vor allem die Firmen Johnsons Controls und Albert Weber aber auch die Firma Schroff "Es geht uns um einen Dialog mit Firmen um einerseits statt Leiharbeit wenigstens Beschäftigte befristet einzustellen und zum anderen um die Arbeitsbedingungen der Leiharbeiter", erklärt Kunzmann.

"7,50 Euro Stundenlohn sind für uns kein Maßstab"

Beim mit Abstand größten Arbeitgeber der Region, der Firma Behr ist Leiharbeit bislang kein Thema so der freigestellte Betriebsrat und IG Metall Vertrauenskörpervorsitzende Wolf Dieter Glaser bei der Pressekonferenz. Wir konnten bisher immer durchsetzen, dass die Leute bei Behr eingestellt wurden. Oft zwar nur befristet aber zu den Konditionen wie sie im Metalltarifvertrag geregelt sind. Dort beträgt der unterste Stundenverdienst im Grundentgelt € 11.53 dazu kommt dann aber noch die Leistungszulage von in der Regel 15% sowie dem Qualitätsbonus und Schichtzuschlägen. In anderen Betrieben konnten die Betriebsräte die Übernahme von Leihkräften in ein "Normalarbeitsverhältnis durchsetzen." Doch das reicht den Gewerkschaftern nicht. Zwar wolle man sich nicht auf einen von der Gewerkschaft akzeptierten Anteil an Leiharbeitern festlegen, doch die Zahl von 20 oder gar 30 Prozent von Leihkräften bezogen auf das jeweilige direkt eingestellte Personal seien "in jedem Fall inakzeptabel".

Im weiteren Verlauf des Projektes wird nun der regionale Leiharbeitsmarkt untersucht. Mit den entsprechenden Vorarbeiten hat das IMU bereits begonnen. Die Zielrichtung der folgenden Untersuchung ist für die Wissenschaftler eindeutig: Aufzuzeigen welche Leiharbeitsfirmen in der Region aktiv sind, zu welchen Bedingungen die Leiharbeitsfirmen die Menschen beschäftigen und welche Rolle die Agentur für Arbeit bei der Vermittlung in Leiharbeitsfirmen spielt. Am Ende wird dabei eine Handlungshilfe für Leiharbeitnehmer stehen. Die schwarzen Schafe der Branche will man jedenfalls öffentlich benennen. Mittelfristig geht es den Gewerkschaftern mit dem Projekt darum, dass es für alle Beschäftigten fair zugeht und dass mit Arbeitsbedingungen kein Sozialdumping betrieben wird. "Und 7,50 Euro Stundenlohn sind für uns kein Maßstab, der liegt erstens in der Regel höher und zweitens geht es noch um einiges mehr", fasst Kortus zusammen.